

Geplanter Neubau eines ALDI-Logistikzentrums am Rande von Stelle

„Es ist nicht das einzige Unternehmen, das Gewerbesteuern zahlt“

Betr.: „Wer den Dialog will, darf sich nicht verschließen“ (WOCHENBLATT 29/18) - SPD bezieht Stellung zur ALDI-Ansiedlung und kritisiert Verhalten der Bürgerinitiative.

Nachdem Herr Henke für die SPD-Fraktion im WOCHENBLATT zur ALDI-Ansiedlung Stellung bezogen hat, macht es für mich den Eindruck, als würde sich nicht die Bürgerinitiative „L(i)ebenswertes Stelle“ einem Dialog verschließen, sondern die Fraktionsmitglieder der SPD, die sich offensichtlich darauf festgelegt haben, um jeden Preis die ALDI-Ansiedlung zu realisieren, egal wie groß die Hürden und Kompromisse hierfür auch sind. Sehr unpassend und frech finde ich auch Herrn Henkes Aussage, dass „Jeder, der in der Nachbarschaft gebaut hat, hätte wissen müssen, dass das Gebiet Fachsenfeld als Gewerbegebiet ausgewiesen ist“. Mit dieser Aussage unterstellt er zum einen der umliegenden Nachbarschaft, dass diese sämtliche Gewerbeansiedlung ablehnen würde und zum anderen, allen übrigen Steller Bürgern, dass sie mit einer ALDI-Ansiedlung

am Ortseingang einverstanden sind, da sie ja nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gewerbegebiet wohnen. Lieber Herr Henke, auch am anderen Ende von Stelle wohnend bin ich gegen eine ALDI-Ansiedlung, selbst wenn das bedeutet, dass der Gemeinde künftig Gelder fehlen. Traurig ist nur, dass mehrere kleine Gewerbe an diesem Standort offenbar nicht gewollt sind und man stattdessen lieber gegen die Argumentationsweise der Bürgerinitiative „L(i)ebenswertes Stelle“ wettet, statt zu erkennen, dass ALDI nicht das einzige Unternehmen ist, das Gewerbesteuern zahlt und sich gern in Stelle ansiedeln würde.

Anja Wahlfels, Stelle

„Arbeitsplätze gibt es nicht, da Mitarbeiter mitgebracht werden“

Dieser Beitrag der SPD-Stelle zeigt doch deutlich die Arroganz, Ignoranz und den Größenwahn der Steller Politik. Die Gleichgeschalteten des Steller Rates aus CDU, SPD, BIGS und FDP diskutieren doch nur

noch, was sie mit dem schon verplanten Geld alles machen können. Gleichwohl, sie wissen gar nicht ob, wann und wenn ja, wieviel Geld es gibt. Man verbirgt das Ganze unter dem Deckmantel des Datenschutzes. Wenn ALDI kommt, gibt es mindestens erstmal zehn Jahre kein Geld wegen der Abschreiberei. Zusätzliche Arbeitsplätze gibt es auch nicht, da die Mitarbeiter von Ohlendorf mitgebracht werden und froh sein können, wenn die Anzahl Arbeitsplätze annähernd bestehen bleibt wegen der Rationalisierung. Das verstehe ich nicht als Dialog, sondern als Bürgerverdummung. Ich frage mich wirklich, was diese absolut sinnbefreiten Kommentare dieser beiden SPD-Politiker bewirken sollen? Sie haben es wirklich noch nicht mitbekommen, dass dies alles nur Phrasendrescherei ist.

Carsten Räuscher, Stelle

„Es gab durchaus auch berechnete und kritische Fragen“

Als Anwohner des Wohngebietes „Oldendorpsfeld

West“ möchte ich hiermit meinem Frust zu diversen Äußerungen und diesem sicherlich auch teils sehr emotionalen Thema einmal etwas Luft machen. Vorweg: Ich gehöre nicht zur Bürgerinitiative. In Ihrem Bericht werden seitens Herrn Henke die diversen kritischen Wortmeldungen, die während der besagten Veranstaltung von etlichen Bürgern getätigt wurden, fein über einen Kamm geschert und alles auf die BI projiziert. Es gab durchaus auch berechnete und kritische Fragen von Bürgern, die nicht der BI angehören. Im Umkehrschluss ist der Tonfall, seitens einiger (weniger) Ratsmitglieder in Richtung der anwesenden Steller Bürger teils mehr als unangemessen gewesen. Auch hier: Ich schätze die Arbeit der Bürger-Vertreter, die ebenfalls zu einem großen Teil ehrenamtlich getätigt wird, aber dieses Verhalten ist absolut unangemessen. Weiterhin darf sich die BI, so schreiben Sie, nicht vor Argumenten verschließen. Schöne Grüße zurück an den Rat.

Christian Otte, Stelle

„Wer kommt für Steinschlagschäden durch Überholer auf?“

Betr.: „Rollsplitt nervt die Autofahrer“ (WOCHENBLATT 30a/18) - Warum die Straßenbausträger auf die billige Flickschusterei schwören.

In diesem Zusammenhang wäre interessant zu wissen, ob und wer für Steinschlagschäden aufkommt durch Entgegenkommer und Überholer, besonders Transporter und Lkw, die sich nicht an die Geschwindigkeitsbeschränkung halten. In der Tat zweifelhafte Straßensanierung auf Kosten und unter unfreiwilliger Mithilfe des Autofahrers. Hier wäre die Polizei gefordert.

Ulrich Mokolke, Wenzendorf

Anm. d. Red.: In der Regel

nachweisen müsste. Das ist aber meist nicht möglich.

„Zum Glück gibt es auch Menschen, die über den Tellerrand blicken“

Betr.: Leserbrief von Carsten Gödeke „Unparteiische und seriöse Rundfunksender - absolut lächerlich“ zu dem Artikel „Lieber Knast als Gebühren zahlen“ (WOCHENBLATT 28+29/18).

Herr Gödeke spricht mir aus dem Herzen. Alles, was er zum Thema sagt, entspricht den Tatsachen und ist die Wahrheit. Auch an andere Leser: „Wacht endlich auf!“. Zum Glück gibt es auch Menschen, die über den Tellerrand blicken, und erkennen, was in Deutschland wirklich passiert.

„Für das Wasser, was gebraucht wird, werden auch Gelder bezahlt“

Ihr Bericht, Herr Schrader, hat uns sehr erschrocken. Wir gehen davon aus, Sie wohnen in einem Mietshaus. Wer sich ein Haus mit Grundstück leisten kann, wird für die Außenanlage auch Wasser brauchen. Wir möchten mal sehen wie eine Außenanlage aussehen soll, ohne Grün und Blumen. Für das Wasser, was gebraucht wird, werden auch Gelder bezahlt, denn es gibt nichts umsonst. Gespart werden sollte am Plastikmüll und Abgasen, denn dafür wird nichts bezahlt.

Lutz Piater, Stade

„Viele Flächen wurden zuvor mit

Betr.: „Behr AG setzt auf große Blühfelder“ (WOCHENBLATT 30/18) - Der Salat- und Gemüseanbauer beschäftigt sich seit 2009 damit, biologische Vielfalt zu schaffen.

Der Bericht über das vermeintliche Engagement Rudolf Behrs für die Bienen scheint mir ein Versuch zu sein, das Image der konventionellen Landwirte aufzubessern. Es gab in der letzten Zeit viele WOCHENBLATT-Artikel, die sich mit dem Anlegen von Blühstreifen befassten. Von einer wirklich objektiven Presse hätte ich aber auch erwartet, dass der trotz Blühstreifen anhaltende Pestizideinsatz der konventionellen Landwirte ebenfalls Erwähnung findet. Man sollte bedenken, dass viele Flächen, auf denen Blühstreifen angelegt werden, zuvor mit Ackergiften behandelt wurden, die sich auch nach Jahren noch